

# Jahresbericht

Geschäftsjahr

**2000**

des Deutschen Exekutivdirektors

**Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung - IBRD  
Internationale Entwicklungsorganisation - IDA  
Internationale Finanzkorporation - IFC  
Multilaterale Investitionsgarantie-Agentur - MIGA  
Internationales Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten -  
ICSID**



**Büro des Deutschen Exekutivdirektors bei der Weltbank  
Washington D.C.  
September 2000**

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>1. Zusammenfassung für den eiligen Leser</b>	<b>1</b>
<b>2. Die wichtigsten Themen des Geschäftsjahrs</b>	<b>4</b>
<b>2.1 Fortschritte bei der Umsetzung der HIPC- Initiative</b>	<b>4</b>
<b>2.2 Die Weltbank und die Bekämpfung von HIV/AIDS</b>	<b>5</b>
<b>2.3 Die Weltbank in der öffentlichen Diskussion</b>	<b>6</b>
<b>2.4 Sonstige wichtige Themen</b>	<b>9</b>
2.4.1 Weltentwicklungsbericht 2000/1: Bekämpfung der Armut	<b>9</b>
2.4.2 Comprehensive Development Framework (CDF)	<b>10</b>
2.4.3 Das Reformprogramm der Weltbankgruppe: Strategic Compact	<b>10</b>
2.4.4 Tschad-Kamerun Pipeline Projekt	<b>11</b>
2.4.5 Internationaler Handel und Entwicklung–Ein Thema der Frühjahrstagung	<b>12</b>
2.4.6 Weltbankstrategie für den Privatsektor	<b>13</b>
2.4.7 International Financial Architecture	<b>13</b>
2.4.8 Kapitalausstattung der Weltbank (IBRD)	<b>14</b>
2.4.9 IDA 12: Mid Term Review	<b>14</b>
<b>3. Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft</b>	<b>14</b>
<b>4. Deutsche Mitarbeiter in der Weltbankgruppe</b>	<b>16</b>
<b>5. Geschäftstätigkeit der Weltbankgruppe</b>	<b>20</b>
<b>5.1 IBRD und IDA</b>	<b>20</b>
<b>5.2 IFC</b>	<b>22</b>
<b>5.3 MIGA</b>	<b>23</b>

### Anlagen

1. Datenblatt IBRD/IDA
2. Datenblatt IFC
3. Datenblatt MIGA
4. Organigramme IBRD/IDA, IFC, MIGA

## 1. Zusammenfassung für den eiligen Leser

Das Geschäftsjahr 2000 (vom 1. Juli 1999 - 30. Juni 2000) war wiederum ein **bewegtes Jahr** für die Weltbankgruppe. Die Umsetzung der beim Kölner G7-Gipfel beschlossenen erweiterten HIPC-Schuldeninitiative und daran geknüpft die Erstellung von Armutbekämpfungsstrategien (Poverty Reduction Strategy Papers, PRSP) sowie die Bekämpfung von HIV/AIDS waren wichtige Themen. Zudem ist die Weltbank mit der Veröffentlichung der Meltzer-Studie, den Demonstrationen während der Frühjahrstagung und den Projekten Tschad-Kamerun Pipeline und China Western Poverty Reduction stärker in die öffentliche Diskussion gerückt.

Insgesamt betrachtet ist das **Zusagevolumen von IBRD und IDA** im zurückliegenden Geschäftsjahr um fast 50% gegenüber dem Vorjahr gesunken. Die Weltbank führt diese Entwicklung v.a. auf drei Faktoren zurück: zyklische (die Ökonomien von fünf von der Finanzkrise betroffenen Schwellenländer haben sich stabilisiert; die Darlehnszusagen an diese Krisenländer konnten daher von 13 Mrd. \$ auf 2 Mrd. \$ gesenkt werden), langfristige (Trend zu kleineren Projekten), länderspezifische (Konflikte, Länderperformance). Die Auszahlungen waren bei IBRD und IDA ebenfalls niedriger als im Vorjahr. Bei IBRD sanken sie nominal um rd. 27% auf 13,3 Mrd. \$ und bei IDA um 16% auf 5,2 Mrd. \$. Dies entspricht ungefähr dem Niveau vor der globalen Finanzkrise. Die privatwirtschaftlich orientierten Organisationen der Weltbankgruppe (IFC und MIGA) waren vom Rückgang der Geschäftstätigkeit nicht betroffen. Während die IFC das Vorjahresniveau hielt, konnte MIGA sein Zusagevolumen um 23% steigern und damit auch im zweiten Jahr der Kapitalerhöhung eine eindrucksvolle Ergebnissteigerung erreichen.

### Entwicklung der Geschäftstätigkeit von IBRD, IDA, IFC und MIGA

	1998		1999		2000	
	Mio \$	% gegenüber Vorjahr	Mio \$	% gegenüber Vorjahr	Mio \$	% gegenüber Vorjahr
IBRD	21.086	+45	22.182	+5	10.919	-51
IDA	7.508	+62	6.815	-9	4.458	-34
IFC	3.412	+3	3.505	+3	3.505	0
MIGA	831	+36	1.310	+58	1.605	+23

Einer der Schwerpunkte des Geschäftsjahres war die Weiterentwicklung der **HIPC-Initiative** (Heavily Indebted Poor Countries), angestoßen vor allem durch den **Kölner Wirtschaftsgipfel** im Juni 1999. Die G7 hatten auf Anregung der Bundesregierung vorgeschlagen, die HIPC Initiative zu beschleunigen, zu vertiefen und zu verbreitern („faster, deeper and broader debt relief“). Während der Jahresversammlung im September 1999 beschlossen die Gouverneure von Weltbank und IWF eine Reform der HIPC-Initiative: Absenkung der Zielwerte (somit erhalten mehr HIPCs Zugang zu Schuldenerlassen), HIPCs kommen früher in den Genuss des Schuldenerlasses durch Schuldenerleichterung bereits zwischen Entscheidungs- und Abschlusszeitpunkt („interim assistance“) und Einführung „schwebender“ Abschlusszeitpunkte, die nur noch von den Reformschritten der einzelnen HIPCs abhängen. Außerdem wurde der

Schuldenerlass an die Erstellung einer Armutsbekämpfungstrategie (Poverty Reduction Strategy Paper, PRSP) des HIPC-Landes geknüpft, um sicherzustellen, dass die durch die Erlasse freiwerdenden Mittel in armutsreduzierende Bereiche fließen. Der Erfolg der erweiterten HIPC-Initiative ist schon nach einem Jahr sichtbar. Bereits im ersten Jahr wurden Erlasspakete für 10 HIPCs mit einem Gesamtvolumen von 6,3 Mrd. \$ (Barwert) verabschiedet. Das von den Gouverneuren gesetzte Ziel, 20 HIPCs bis zum Ende des Kalenderjahres 2000 in die HIPC-Initiative aufzunehmen, bleibt erreichbar und hängt von den Fortschritten der HIPCs bei den gesetzten Reformen und der PRSP-Erstellung ab.

Ein weiterer Schwerpunkt des Geschäftsjahrs war die **Bekämpfung von HIV/AIDS**. HIV/AIDS wird nicht mehr nur als Gesundheitsproblem, sondern auch als ein gravierendes Entwicklungsproblem gesehen, v.a. in den Ländern des südlichen Afrika. HIV/AIDS beeinträchtigt fünf entscheidende Faktoren für die Entwicklung: Wirtschaftswachstum, gute Regierungsführung, Entwicklung von Humankapital, gutes Investitionsklima sowie Produktivität. Im Kommuniqué des G7-Gipfels in Okinawa wurden die Weltbank und andere Multilaterale Entwicklungsbanken aufgefordert, eine führende Rolle bei der HIV/AIDS-Bekämpfung zu übernehmen. Inzwischen wurde eine entsprechende multisektorale Weltbankstrategie verabschiedet. Weltweit finanziert die Weltbank über 80 HIV/AIDS Vorhaben mit einem Gesamtvolumen von 1 Mrd. \$. Darüber hinaus soll demnächst ein multisektoral ausgerichtetes HIV/AIDS-Programm für Afrika über 500 Mio. \$ zugesagt werden.

Mit der Veröffentlichung der Meltzer-Studie, den Demonstrationen während der Frühjahrstagung und den beiden kontroversen Vorhaben Tschad-Kamerun Pipeline und Western China Poverty Reduction ist die **Weltbank stärker in die öffentliche Diskussion** gerückt:

Die **Proteste** nahmen ihren Auftakt mit der WTO-Tagung in Seattle. Ein paar Monate später war die Frühjahrstagung von Weltbank und IWF betroffen. Zu den Protesten hatte eine Allianz von **Globalisierungsgegnern** aufgerufen. Ihre Motivation und Zielsetzung waren oft sehr unterschiedlich, z.T. konträr. Auch für die diesjährige Jahresversammlung in Prag werden Proteste erwartet. Die Weltbank wird trotz umfassender Reformen und ihres großen Engagements in den Entwicklungsländern von den Demonstranten offenbar als eine Institution empfunden, die die wirtschaftliche Globalisierung, die von ihnen als ungerecht und bedrohlich empfunden wird, vorantreibt.

Das umstrittene **Tschad-Kamerun Ölpipeline Vorhaben** wurde während der jahrelangen Vorbereitung von einer breiten Öffentlichkeit aufmerksam verfolgt und teilweise intensiv kritisiert. Die Entscheidung, das Vorhaben zu fördern, wurde schließlich vom Direktorium ohne Gegenstimme getroffen. Damit soll dem Tschad der Zugang zu seinen Bodenschätzen ermöglicht werden. Es wird das Mögliche getan, um die natürlichen Ressourcen zu schützen. Die Zivilgesellschaften wurden beteiligt und die Einnahmen des Tschad aus dem Projekt sollen zur Armutsbekämpfung eingesetzt werden.

Anders verlief die Entscheidung im Fall des **China Western Poverty Reduction Projekts**. Nach massiver öffentlicher Kritik an der Vorbereitung des Vorhabens wurde im letzten Jahr die umstrittene Qinghai-Komponente vom „Inspection Panel“ der Weltbank untersucht. Dieses kam zum Ergebnis, dass bei der Projektvorbereitung gegen eine Reihe von Weltbank-Standards und Regeln verstoßen worden war. Das Management schlug daraufhin eine Reihe von Maßnahmen vor, um diese Mängel zu beheben und wollte dann ohne eine erneute Befassung des Direktoriums mit der Projektdurchführung beginnen. Die Mehrheit des Direktoriums (u.a. auch wir) wollte aber nach Durchführung

der Maßnahmen endgültig entscheiden. China zog daraufhin den Projektantrag zurück und wird nun das Vorhaben aus eigenen Mittel finanzieren.

Auch der im Frühjahr veröffentlichte **Meltzer-Bericht** fand große Resonanz in der öffentlichen Diskussion. Überwiegend republikanische US-Abgeordnete hatten die Bewilligung von IMF-Mitteln an die Erarbeitung einer Studie zu den Bretton Woods Institutionen geknüpft. Die elfköpfige Expertenkommission unterbreitete radikale Vorschläge. Danach soll die MIGA und die IFC in die Weltbank integriert werden. Nur Länder ohne Zugang zum Kapitalmarkt sollen Kunden der Weltbank sein. Die Weltbank soll die Arbeit in Asien und Lateinamerika ganz den regionalen Entwicklungsbanken überlassen und nur noch für einen begrenzten Zeitraum in Afrika tätig sein. Die ärmsten Länder sollen nur Zuschüsse erhalten. 40 Ländern sollen die Schulden völlig erlassen werden. Die IWF-Tätigkeit soll auf Ausleihung kurzfristiger Liquidität zu hohen Zinssätzen mit strengen Auflagen reduziert werden. Die Weltbank und andere (darunter wir) lehnten den Bericht als unrealistisch und überzogen ab.

Der **deutschen Wirtschaft** flossen im vergangenen Geschäftsjahr **Liefer- und Leistungsaufträge** aus Weltbank- und IDA-Krediten für insgesamt 807 Mio. \$ zu. Dies entspricht einem Anteil von rd. 9,23% an den Gesamtauszahlungen der Weltbank im abgelaufenen Fiskaljahr. Im Vorjahr waren es rd. 8%. Dies liegt erheblich über dem deutschen Kapitalanteil an der Weltbank (4,7%) und spiegelt die Attraktivität der Zusammenarbeit zwischen der Weltbank und der deutschen Wirtschaft wider.

Zu Beginn des Geschäftsjahres wurde der erste deutsche **Consultant Trust Funds** eingerichtet, um umweltrelevante Gutachten und die Vorbereitung von Umweltvorhaben zu finanzieren. Für die Jahre 2000 und 2001 wurden 4 Mio. DM zugesagt. Der Trust Fund soll deutschen Unternehmen den Einstieg in das Geschäft mit der Weltbank erleichtern. Die Nachfrage ist ausgesprochen gut. Es wurden bereits 13 Verträge über rd. 2 Mio. DM mit deutschen Consultants und Consultingunternehmen abgeschlossen.

Erheblichen Zuspruchs erfreut sich das vor 2 Jahren Jahr eröffnete **Büro der Weltbankgruppe in Deutschland**. Als Anlauf- und Beratungsstelle konnte das Büro den Informationsaustausch und die Beziehungen zwischen der deutschen Wirtschaft und der Weltbank intensivieren und ausbauen.

Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich die **Zahl der Deutschen**, die als internationale Mitarbeiter eingestellt sind, von 115 auf 129, also +12,2%. Damit stieg der deutsche Personalanteil von 2,6 auf 2,9 %. Dies ist in absoluten und relativen Zahlen das beste Ergebnis seit vielen Jahren. Es bleibt aber wichtig, die im Vergleich zu unserem Stimmrechtsanteil an der IBRD (4,52%) letztlich noch immer unbefriedigende Repräsentanz durch den Einsatz von Personalförderinstrumenten weiterhin zu verbessern. Insbesondere das **Junior Professional Programm** und das **Nationale Expertenprogramms** können den deutschen Personalanteil mittel- und langfristig erhöhen. Im Rahmen dieser Programme arbeiteten zum Ende des GJ zwei Nationale Experten bei der Weltbank. 16 Junior Professionals wurden seit 1997 zur Weltbank vermittelt. **Peter Woicke** als einer der fünf geschäftsführenden Direktoren der Weltbank und Leiter der IFC ist derzeit der ranghöchste Deutsche.

## 2. Die wichtigsten Themen des Geschäftsjahrs 2000

### 2.1 Fortschritte bei der Umsetzung der HIPC-Initiative

Die Entwicklung der HIPC-Initiative (Heavily Indebted Poor Countries) wurde im GJ00 vor allem durch den **Kölner Weltwirtschaftsgipfel (Juni 1999)** geprägt. Die sieben führenden Industriestaaten (G7) hatten auf Anregung der Deutschen Bundesregierung vorgeschlagen, die HIPC-Initiative zu beschleunigen, zu vertiefen und zu verbreitern („faster, deeper and broader debt relief“)<sup>1</sup>.

Bei der Jahresversammlung im September 1999 beschlossen die Gouverneure von Weltbank und IWF eine **Reform der HIPC-Initiative** (meist als erweiterte HIPC-Initiative bezeichnet), die diesem Vorschlag im wesentlichen folgte:

- Die **Zielwerte** der HIPC-Initiative wurden **gesenkt**. Die durch Schuldenerlass zu erreichenden Barwerte des Verhältnisses von Schulden zu Exporten wurden auf 150% und des Verhältnisses von Schulden zu Staatsausgaben auf 250% gesenkt (bei Zugangsschwellen von 30% Exporte/BIP und 15% Staatseinnahmen/BIP). Damit erhalten mehr HIPCs Zugang zu Schuldenerlassen („broader“) und die Schuldenerlasse werden je HIPC substantieller („deeper“)<sup>2</sup>.
- Gleichzeitig wurde eine frühere Schuldenerleichterung schon zwischen dem Entscheidungszeitpunkt und dem Abschlusszeitpunkt beschlossen („interim assistance“). Auch wurde ein „schwebender Abschlusszeitpunkt“ eingeführt, der nur noch von den Reformfortschritten des einzelnen HIPCs abhängt. Durch beide Massnahmen soll das HIPC **früher in den Genuss des Schuldenerlasses** kommen („faster“).
- Außerdem wurde der Schuldenerlass an die Erstellung einer Armutsbekämpfungsstrategie (**Poverty Reduction Strategy Paper, PRSP**) des HIPC geknüpft, um sicherzustellen, dass die durch die Erlasse freigewordenen Mittel zur Armutsreduzierung verwendet werden. Diese PRSPs werden von den Regierungen selbst in intensiver Konsultation mit den Parlamenten und der Bevölkerung erstellt und sollen zukünftig auch die Grundlage der Hilfsprogramme der Geber darstellen. Sie sollen messbare Fortschrittsindikatoren beinhalten und Richtschnur für die nationalen Budgets des jeweiligen HIPCs werden.

Der **Erfolg** der HIPC-Reform ist schon nach einem Jahr sichtbar: Unter der ursprünglichen HIPC-Initiative (von 1996 – 1999) wurden insgesamt 7 HIPCs zum Entscheidungszeitpunkt geführt, davon 5 auch zum Abschlusszeitpunkt, und 5 weitere HIPCs wurden einer ersten Untersuchung unterzogen. Das Erlassvolumen betrug 3,5 Milliarden US\$. Unter der erweiterten HIPC-Initiative wurden allein im ersten Jahr (seit 9/99) bereits Erlasspakete für 10 HIPCs mit einem Gesamtvolumen von 6,3 Milliarden US\$ (Barwerte) verabschiedet.

Bis zum Redaktionsschluss (9/00) wird insgesamt folgender Sachstand in der HIPC-Initiative (seit 1996) erwartet:

<sup>1</sup> Vergleiche auch unseren Jahresbericht zum GJ99.

<sup>2</sup> Einige Mitglieder des Pariser Clubs (der öffentlichen Gläubiger), u.a. auch Deutschland, haben beschlossen, über die für die HIPC-Initiative geltende Kölner Erlassquote von 90% der bilateralen öffentlichen Gläubiger hinauszugehen und den zugangsberechtigten HIPCs 100% der Schulden zu erlassen.

- Insgesamt werden **10 HIPC**s den Entscheidungszeitpunkt erreicht haben (Benin, Bolivien, Burkina Faso, Honduras, Mali, Mauretanien, Mozambique, Senegal, Tansania, Uganda ). Das sind Schuldenerlasse insgesamt in Höhe von nominal **16,2 Milliarden US\$** (9,2 Milliarden US\$ Barwert).
- **Vorläufige Erlasspakete** wurden für weitere 7 HIPC's geschnürt, im Wert von weiteren **15,0 Milliarden US\$** (8,3 Mrd. US\$ Barwert).
- Sechs weitere HIPC's werden keinen HIPC-Schuldenerlass benötigen (Angola, Kenia, Vietnam, Yemen), bzw. wünschen keinen Schuldenerlass (Ghana, Laos).

Das von den Gouverneuren gesetzte Ziel, bis zum Ende des Kalenderjahres 2000 20 HIPC's in die HIPC-Initiative aufgenommen zu haben, bleibt damit erreichbar. Die Zielerreichung hängt nun von der Fortschritten der HIPC's bei den gesetzten Reformen und bei der PRSP-Erstellung ab.

Insgesamt können die **32 HIPC**s, die aller Voraussicht nach von der HIPC-Initiative profitieren werden, über die Zeit einen Schuldenerlass in Höhe von circa 95 Milliarden US\$ (60 Milliarden US\$ Barwert) erwarten. Dies würde deren Schulden um insgesamt etwa 2/3 senken<sup>3</sup>.

## 2.2 Die Weltbank und die Bekämpfung von HIV/AIDS

HIV/AIDS wird nicht mehr allein als Gesundheitsproblem gesehen, sondern auch als ein gravierendes **Entwicklungsproblem** - insbesondere für die Länder des südlichen Afrika. Aber auch in Ländern wie Indien und Rußland sind die Warnzeichen nicht mehr zu übersehen. HIV/AIDS beeinträchtigt fünf entscheidende Faktoren für die Entwicklung eines Landes: Ökonomisches Wachstum, gute Regierungsführung, Entwicklung von Humankapital, gutes Investitionsklima sowie hohe Arbeitsproduktivität. Aus diesem Grund findet sich auch das Thema HIV/AIDS im G7-Dokument des gerade beendeten Gipfeltreffens in Okinawa wieder. Die Weltbank (WB) und andere Multilaterale Entwicklungsbanken werden in dem Dokument aufgefordert, eine führende Rolle einzunehmen, um sog. "Global Public Goods" zur Verfügung zu stellen, zu denen auch dringend erforderliche Maßnahmen zur HIV/AIDS-Bekämpfung gehören.

Die WB als Mitglied von UNAIDS ist bereits im vergangenen Jahr dieser Aufforderung auf mehreren Ebenen nachgekommen:

- Die Verabschiedung der neuen WB-Strategie "*Intensifying Action Against HIV/AIDS: Responding to a Development Crisis*" im September 1999 in Lusaka. Diese Strategie baut auf vier Säulen auf: (1) Beratung, (2) zunehmende finanzielle Ressourcen, (3) umfassende Programme zur Prävention, Behandlung und Pflege, sowie (4) Wissenstransfer.
- Um die HIV/AIDS-Strategie voranzubringen und zu unterstützen, hat die WB ein multisektorales AIDS-Team für Afrika, genannt ACTAfrica, etabliert. ACTAfrica ist auf unterschiedlichsten Ebenen aktiv, wie z.B. (a) die Sensibilisierung von politischen Entscheidungsträgern, der Zivilbevölkerung und des privaten Sektors, (b) die Integration von HIV/AIDS-Programmen in bereits existierende und neue WB-

<sup>3</sup> Zum Vergleich: Weltbank und IWF schätzen die Summe der traditionellen Schuldenerlasse für HIPC-Länder vor der HIPC-Initiative auf insgesamt 32 Milliarden US\$.

unterstützte Projekte sowie Länderstrategien, (c) das Sammeln, Aufbereiten und Bereitstellen von Informationen über die Ausbreitung der Pandemie, sowie (d) die Stärkung von Partnerschaften.

- Die weltweite Unterstützung von über 80 HIV/AIDS-Projekten und Komponenten im Gesamtvolumen von US\$ 1 Mrd.
- Die Reallokation von bisher nicht-investierten Mitteln aus bereits laufenden Projekten für AIDS-Interventionen in den unterschiedlichsten Sektoren wie Landwirtschaft, Energie, Wasser, soziale Entwicklung, Straßenbau und Erziehung.
- Einbeziehung von HIV/AIDS-Strategien in alle Armutsstrategien (den sog. "Poverty Reduction Strategy Papers" oder PRSPs) für diese Länder.
- Es soll sichergestellt werden, dass ein Teil der Schuldenentlastungen für die am stärksten verschuldeten armen Länder (HIPC-Initiative) für HIV/AIDS-Maßnahmen eingesetzt wird, da diese Länder auch gleichzeitig am stärksten von AIDS betroffen sind.
- Die "WB AIDS Vaccine Task Force", die 1998 mit der Zielsetzung etabliert worden ist, die WB in die Entwicklung eines AIDS-Impfstoffes einzubinden, hat ihre Strategie "*Accelerating an AIDS Vaccine for Developing Countries - Recommendations for the World Bank*" vor kurzem vorgelegt. Die WB arbeitet in diesem Bereich mit der International AIDS Vaccine Initiative (IAVI) sowie der Global Alliance for Vaccines and Immunization (GAVI) zusammen. Für IAVI stellte die WB im zurückliegenden Geschäftsjahr (GJ) US\$ 0,93 Mio. aus Mitteln der "Development Grant Facility" (DGF) zur Verfügung. Im jetzigen GJ01 werden es US\$ 0,7 Mio. sein. GAVI wird in diesem GJ US\$ 1,8 Mio. (im GJ00 waren es US\$ 0,3 Mio.) aus DGF-Mitteln erhalten.
- UNAIDS und regionale Initiativen unterstützt die WB in diesem GJ mit US\$ 4 Mio. (im GJ00 waren es US\$ 3 Mio.).
- Präsident Wolfensohn hat die Nachfolge von Nelson Mandela als Ehrenpräsident des Global Business Council on HIV/AIDS übernommen.

Darüber hinaus wird dem Direktorium der WB demnächst ein multisektoral ausgerichtetes AIDS-Programm für Afrika in Höhe von US\$ 500 Mio. aus IDA-Mitteln zur Verabschiedung vorgelegt werden. Nahezu jedes Land Afrikas wird für diese Mittel zugangsberechtigt sein. Eine der zentralen Bedingungen ist eine fundierte nationale AIDS-Strategie, die in partizipatorischer Weise entwickelt worden ist und voll von der jeweiligen Regierung unterstützt wird. Letzteres ist auch deshalb entscheidend, da eine erfolgreiche AIDS-Bekämpfung nur möglich ist, wenn sie höchste politische Priorität genießt.

### 2.3 Die Weltbank in der öffentlichen Diskussion

Die WTO-Tagung in Seattle gab den Auftakt für eine Reihe von **Protesten** unter dem Motto "Mobilization for Global Justice", welche ein paar Monate später auch die Weltbank zum Ziel hatten. Während in Seattle etwa 30.000 Menschen demonstrierten und die Tagung der WTO weitgehend lahmlegten, waren es im April in Washington rund 15.000 Demonstranten, um gegen **Globalisierung** und soziale Ungerechtigkeit zu protestieren. Die Hauptgebäude von Weltbank und IWF glichen Festungen im Belagerungszustand und die Stadt Washington mußte einiges an Polizeikräften und Logistik auffahren, um für einen geordneten Ablauf der Frühjahrtagung zu sorgen. Ganz so geordnet wie erhofft verlief die Tagung natürlich nicht und mancher Minister nahm ein freiwilliges oder unfreiwilliges Bad in der Menge. Chaotische Zustände wie in Seattle



blieben jedoch aus und am Ende gab es nicht wenige, die dem Protest ihren Respekt zollten.

Zu den Protesten aufgerufen hatte eine Allianz aus Globalisierungsgegnern unterschiedlichster Couleur. Während einige für mehr Gerechtigkeit und Armutsminderung demonstrierten, waren andere angereist, um gegen unliebsame Konkurrenz auch aus Entwicklungsländern und für mehr Protektionismus zu protestieren. Während manche für einen Dialog mit Weltbank und IWF eintraten und auf eine Reform der Institutionen setzten, gingen andere für die Abschaffung der beiden Institutionen auf die Strasse. Noch andere waren dabei ohne spezielles Motiv, sondern um "dabei zu sein". Allen gemein ist jedoch die Kritik am Globalisierungsprozeß und die Befürchtung, daß nur die Reichen und Mächtigen von den tiefgreifenden globalen Veränderungen profitieren.

Von Protesten wird wahrscheinlich auch die diesjährige Jahresversammlung von Weltbank und IWF in Prag begleitet und die Ziele und Forderungen werden weitgehend dieselben sein. Die Weltbank, trotz umfassender Reformen immer wieder im Kreuzfeuer der Kritik, schaut gespannt nach Prag; gleichwohl versteht sie die Proteste jedoch auch als Ausdruck demokratischer Kultur. Zahlreiche Reformen haben die früher "geschlossene" Institution geöffnet und zahlreiche Möglichkeiten der öffentlichen Beteiligung geschaffen. Was noch vor einem Jahrzehnt undenkbar schien, ist heute tägliche Praxis. Konsultationen mit Vertretern der Zivilgesellschaft während der Erarbeitung der "Country Assistance Strategies" sind zum Standard geworden und neue Sektorstrategien werden nicht ohne vorherige öffentliche Diskussion verabschiedet. Nicht wenige der Weltbankmitarbeiter verstehen die Institution heute als Anwalt der Armen und Präsident Wolfensohn hat die Armutsbekämpfung in den Mittelpunkt der Arbeit gestellt. So nimmt die Weltbank heute Themen auf, die vor Jahren tabu gewesen wären, und scheut sich nicht, unbequeme und unpopuläre Punkte auf die Tagesordnung zu setzen. Problembereiche wie Korruption, Transparenz und Governance werden nicht mehr ausgeklammert und konkrete Maßnahmen werden – wenn nötig – definiert.

Dass die Weltbank - trotz tiefgreifender Reformen – wiederum Zielscheibe des öffentlichen Protestes ist, hat tiefere Ursachen und liegt wohl auch in der Natur "ihrer Sache". Als öffentliche Entwicklungsbank muß sie zwischen unterschiedlichen Interessen abwägen und unterschiedliche Ziele priorisieren. Meinungsverschiedenheiten und Kritik sind dabei unumgänglich, denn die Weltbank wird zunehmend - gerade wegen ihrer besonderen Rolle – immer dann hinzugezogen, wenn etablierte Mechanismen versagen. Immer wenn besondere Risiken auftauchen oder ein Konsens jenseits der üblichen Wege zu suchen ist, wird die Weltbank zum Partner. Gerade dann ist es jedoch besonders schwierig, den schmalen Pfad zu finden, der den Nutzen aller mehrt und die Eingriffe in die Natur und das soziale Gefüge möglichst gering hält.

So auch bei dem umstrittenen Ölpipeline Projekt zwischen den Ländern Tschad und Kamerun, das während der gesamten Vorbereitungsphase aufmerksam von einer breiten Öffentlichkeit beobachtet und kommentiert wurde. Im Gegensatz zu Vorhaben wie in Arun/Nepal und Narmada/Indien, wo die Weltbank nach umfangreichen Untersuchungen zu dem Ergebnis einer Nicht-Beteiligung kam, sprachen sich Management und Direktorium im Fall **Ölpipeline Tschad-Kamerun** für eine Beteiligung aus. Damit soll dem Tschad der Zugang zu seinen Bodenschätzen ermöglicht werden. Es wird das Mögliche getan, um die natürlichen Ressourcen zu schützen. Die Zivilgesellschaften wurden beteiligt. Die Einnahmen des Tschad aus dem Projekt sollen zur Armutsbekämpfung eingesetzt werden. Immerhin geht es dabei um ein Vorhaben,

welches die Staatseinnahmen eines Landes (Tschad) um die Hälfte erhöhen soll und in welchem 80% der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze von US\$ 1 pro Tag leben.

Anders verlief die Entscheidung im Fall des **China Western Poverty Reduction Projekts**. Nachdem im vergangenen Jahr massive Kritik an der Qualität der Vorbereitung geäußert worden war, wurde das Gesamtvorhaben zwar verabschiedet, die umstrittene Qinghai-Komponente jedoch zurückgestellt, um sie einer Untersuchung durch das Inspection Panel der Weltbank zu unterziehen. Nach umfangreichen Untersuchungen kam das Panel zu dem Ergebnis, daß in der Tat bei der Projektvorbereitung gegen eine Reihe von Standards und Regeln verstoßen wurde. Seitens des Managements wurden daraufhin mehrere Maßnahmen vorgeschlagen, um diese Mängel zu beheben. Das Management wollte dann ohne eine erneute Befassung des Direktoriums mit der Projektdurchführung beginnen. Die Mehrheit des Direktoriums (u.a. auch wir) bestand jedoch darauf, erst nach der Durchführung der Maßnahmen endgültig über die Weiterführung zu entscheiden. China zog daraufhin seinen Projektantrag zurück und erklärte, daß Vorhaben mit eigenen Mitteln durchführen zu wollen.

In der öffentlichen Diskussion steht auch der sogenannten **Meltzer-Bericht**, der im Frühjahr diesen Jahres vorgestellt wurde und große Resonanz auslöste. Der Meltzer-Bericht geht zurück auf eine Forderung überwiegend republikanischer Kongressabgeordneter, die sie im Zusammenhang mit der Bewilligung von rd. US \$ 18 Mrd. für den IWF stellten. Die Abgeordneten verbanden ihre Zustimmung mit der Forderung nach einer Kommission zur Untersuchung der Bretton Wood Institutionen. Hintergrund war die Kritik an der Kriseninterventionspolitik von IWF und Weltbank und die republikanische Forderung nach einer umfassenden Reform und Mandatsreduzierung von Weltbank und IMF.

Nach umfangreichen Recherchen kam die elfköpfige Expertenkommission unter dem Vorsitz des Wirtschaftsprofessors Allan Meltzer zu einigen sehr radikalen Vorschlägen, die unter anderem die vollständige Abschaffung der MIGA sowie die Integration der IFC in die Weltbank zum Inhalt haben. Er reduziert den Tätigkeitsbereich des IWF auf ein Minimum und sieht für diesen lediglich eine Aufgabe in der Ausleihe kurzfristiger Liquidität zu Strafzinssätzen und unter strikten Auflagen. Der Weltbank und den anderen Multilateralen Entwicklungsinstitutionen, die in Entwicklungsbehörden umbenannt werden sollen, werden langfristige Aufgaben – überwiegend im Bereich der Struktur-anpassung – eingeräumt, die sich allerdings auf Länder ohne Zugang zum Kapitalmarkt konzentrieren sollen. Die Weltbank soll sich mittelfristig aus Asien und Lateinamerika zurückziehen und beide Kontinente den Regionalen Entwicklungsbanken überlassen; auch in Afrika soll sie nur so lange tätig sein, bis die Afrikanische Entwicklungsbank in der Lage ist, diese Aufgabe zu übernehmen. Die Mittel sollen für die ärmsten Länder als nichtrückzahlbare Subvention und nicht als subventionierter Kredit gewährt werden, Die Verwendung der Mittel soll von unabhängigen Prüfern überwacht werden. Außerdem sieht der Bericht einen vollständigen Schuldenerlaß für die 40 ärmsten Länder vor.

Die Weltbank und verschiedenen Staaten – darunter Deutschland – wiesen die Empfehlungen des Meltzer-Berichts als unrealistisch und überzogen zurück. Der Bericht differenziere zu wenig und zeichne ein sehr vereinfachtes Bild. Eine große Zahl der Armen lebe in Ländern, die trotz Zugang zum Kapitalmarkt gezielte Beratungsleistungen der Weltbank vor allem für die sozialen Sektoren nachfragen und weiterhin finanzielle Unterstützung benötigen.

## 2.4 Sonstige wichtige Themen

### 2.4.1 Weltentwicklungsbericht 2000/1: Bekämpfung der Armut

Zur Jahrestagung von IWF und WB wird der "*World Development Report 2000/1: Attacking Poverty*" (WDR) der WB der Öffentlichkeit vorgestellt. Zur Millenniums-wende und damit exakt nach einem Jahrzehnt legt die WB erneut einen Weltentwicklungsbericht zur Bekämpfung der Armut vor. Jedoch unterscheidet sich die "Millenniums-ausgabe" von der aus dem Jahre 1990 in Form und Inhalt.

Zur Form:

- Mit der global ausgerichteten Forschungsinitiative "*Voices of the Poor*" hat die WB neue Wege beschritten. Sie unterscheidet sich von allen anderen groß angelegten Armutsstudien dadurch, dass sie auf den Stimmen der Armen basiert. Die wahren Armuts-experten sind die Armen selbst, sagt der WDR 2000/1. Rund 60.000 arme Frauen und Männer aus insgesamt 60 Ländern haben die Möglichkeit bekommen, ihre ganz persönliche Sichtweise zu Armut und Wohlstand zu äußern.
- Auch im nachfolgenden Prozess wurde ein partizipatives Vorgehen beibehalten. Die vorläufige Version des WDR wurde mit der Aufforderung zur Kommentierung durch Interessierte in das Internet auf die externe Webpage der WB gestellt. Die eingegangenen Kommentare haben schließlich ihren Niederschlag in der nun vorliegende Endversion gefunden.

Zum Inhalt:

- Im Unterschied zum WDR von 1990, der den Schwerpunkt auf arbeitsintensives ökonomisches Wachstum verbunden mit der Bereitstellung von sozialen Dienstleistungen legte, baut der jetzige WDR auf drei Säulen auf, die zur Reduzierung von Armut und für nachhaltige Entwicklung entscheidend sind: "Opportunity" (Möglichkeit), "Empowerment" (Ermächtigung) und "Security" (Sicherheit).
- Dabei steht "**Opportunity**" für (a) die Durchführung von Marktreformen zur Steigerung des Wirtschaftswachstums, (b) die Implementierung von Reformen, insbesondere auch auf der "Mikro"-Ebene, und (c) die Bildung von Vermögenswerten der Armen sowie die Reduzierung von strukturellen Ungleichheiten.
- "**Empowerment**" meint, dass (a) Institutionen zum Wohle der Armen funktionieren und (b) soziale Barrieren abgebaut werden sowie (c) Humankapital gebildet wird.
- "**Security**" bedeutet schließlich, den Armen zu helfen, ihre Risiken selbst zu bewältigen. Security meint aber auch, ökonomische Krisen und natürliche Desaster zu vermeiden sowie die Armen dann zu schützen, wenn es dennoch dazu kommen sollte.

Der WDR 2000/1 schafft eine fundierte Grundlage, um in umfassender Form die komplexe Thematik Armutsreduzierung anzugehen. Der WDR gibt aber auch eine solide Orientierung für die Entwicklung der hierfür notwendigen Politiken. Er sieht dabei soziale und ökonomische Wohlfahrt nicht als zwei sich unterscheidende Konzepte an, sondern als integrative und sich gegenseitig bedingende. Prioritäten müssen selbstverständlich für jedes Land separat und angepasst an die jeweiligen kulturellen wie ökonomischen

Gegebenheiten gesetzt werden. Aus diesem Grund werden die Länderstrategien der WB in Zukunft auch auf den drei Säulen -"Opportunity", "Empowerment" und "Security"- aufbauen. Darüber hinaus werden globale Aktionen stärkeres Gewicht haben, wie dies z.B. die bereits intensiv geführte "Global Public Goods"-Debatte zeigt.

#### 2.4.2 Comprehensive Development Framework (CDF)

Die von Präsident Wolfensohn im Januar 1999 veröffentlichte Vision für ein umfassendes Konzept internationaler Entwicklung, das „**Comprehensive Development Framework**“ (siehe auch die ursprüngliche CDF-Idee Präsident Wolfensohns in deutscher Sprache im Internet: <http://www.worldbank.org/cdf/cdfde-text.htm>) hat weiter Fortschritte gemacht. Dem CDF liegt ein ganzheitliches („**holistisches**“) Verständnis von Entwicklung zugrunde, das der Makrowirtschafts- und Fiskalpolitik gleiches Gewicht gibt wie der Struktur- und Sozialpolitik eines Landes. Das Konzept wirbt für eine langfristige Vision des Landes, ein besseres „Ownership“ der Regierung, eine bessere Koordinierung unter den Gebern und eine Partnerschaft zwischen Regierung, Zivilgesellschaft, Privatwirtschaft und ausländischen Gebern. Das CDF versteht sich als Prozeß und wird in zwölf Pilotländern getestet: Äthiopien, Bolivien, Cote d'Ivoire, Dominikanische Republik, Eritrea, Ghana, Jordan, Kirgisien, Marokko, Rumänien, Uganda, Vietnam (weitere Länder verfahren ebenfalls nach den CDF-Prinzipien ohne Pilotlandstatus). Es finden regelmäßige Treffen der „CDF Focal Points“ aller Geber statt und Fortschritte werden mit Hilfe eines Fragebogens verfolgt.

Nach 1,5 Jahren ist es noch zu früh, nach konkreten Auswirkungen des CDF auf Erfolge bei der Armutsbekämpfung zu forschen. Aber in den Pilotländern sind nach Aussage des WB-CDF-Sekretariats bereits **einige wichtige Veränderungen** der für Entwicklungserfolge **zentralen Prozesse** erkennbar. Die Fortschritte sind von Land zu Land sehr unterschiedlich: Bolivien, Ghana und Rumänien sind relativ weit, Äthiopien, Marokko und Kirgisien stehen noch ganz am Anfang. Allgemein kann folgendes Bild festgehalten werden:

- Bessere Formulierung von **Langfriststrategien** mit breiterer Partizipation; der Prozess ist aber politisch sensibel und erfordert stärkere Institutionen (Parlamente etc.); das Erreichen langfristiger Ziele wird durch Krisen erschwert
- Gesteigerte Aufmerksamkeit für „**holistische**“ Entwicklungsansätze
- Regierungen ziehen **Geberkoordinierung** mehr an sich; Geberkoordinierung spielt sich stärker vor Ort ab, dadurch höhere Qualität; aber Geber müssen noch mehr Raum für „Ownership“ geben, mehr „loslassen“, selektiver werden, einander mehr trauen, ihre Abläufe besser harmonisieren und weniger „eitel“ werden
- Schwierig, **alle vier** CDF-Prinzipien (Vision, Ownership, Partnership, Accountability) gleichzeitig voranzubringen; **Kapazitätsbildung** ist zentral, insbesondere auch für Monitoring und Evaluierung

#### 2.4.3 Das Reformprogramm der Weltbankgruppe: der „Strategic Compact“

Das Direktorium nahm im GJ00 **die beiden letzten Fortschrittsberichte** zur Umsetzung des „Strategic Compact“ (SC) entgegen. Der SC wurde im März 1997 vom Direktorium als ein ambitioniertes und komplexes Reformpaket verabschiedet. Es ging

um einen grundlegenden Wandel in der Institutionskultur, um einen verbesserten Umgang mit den Kreditnehmern der Bank, den anderen bilateralen und multilateralen Akteuren der EZ, der Zivilgesellschaft sowie mit der Privatwirtschaft. Der SC verstand sich als eine Investition in eine neue und bessere Bank. Dafür hatten die Kapitaleigner eine Nettoinvestition von **US\$ 250 Mio. für die drei Geschäftsjahre 1998 – 2000** gebilligt. Zusätzlich wurden notwendige Entlassungen finanziert, die erforderlich waren, um den „Qualifikationsmix“ des Mitarbeiterstabes zu verbessern. Die Weltbank hat mit dem Budget für das GJ2001 das Versprechen eingehalten, nach erfolgter Umsetzung des SC zum realen Budgetniveau von 1997 zurückzukehren.

Eine **Gesamtevaluierung des SC im Herbst 2000** soll die Ergebnisse des SC genauer untersuchen. Zum Ende des GJ00 sind aber bereits folgende Fortschritte erkennbar:

- **CDF-Prinzipien** werden in Pilotländern und PRSP-Ländern umgesetzt (siehe gesonderte Kapitel), d.h. die Bank legt mehr Wert auf lokales Ownership, Partizipation der Zivilgesellschaft, Geberkoordinierung, Selektivität etc.
- WB arbeitet mit über 50 Länder an der **Bekämpfung der Korruption**
- Mehr bankinterne Ressourcen werden dafür eingesetzt, den Regierungen direkt zu helfen („**frontline services**“). Die Hälfte der Länderdirektoren hat ihren Sitz in die Hauptstädte der Entwicklungsländer verlegt; damit wird heute bereits etwa **75% des Bankportfolios vor Ort** bearbeitet.
- **Matrixmanagement** wurde verbessert mit klareren Zuständigkeiten; sektorale Networks sind verantwortlich für Bereitstellung globalen Wissens (Stichwort: „**Knowledge Bank**“) und arbeiten auf Basis von Sektorstrategiepapieren (SSPs)
- Neue Ausleihinstrumente wurden eingeführt, um die Kreditnehmern flexibler und zeitnäher unterstützen zu können (Stichworte: Adaptable Program Loans, Learning and Innovation Loans, Special Structural Adjustment Loans, Programmatic Structural Adjustment Loans)
- Eine Reform der **Personalpolitik** wurde durchgeführt
- Interne Reorganisation im Bereich **Privatwirtschaftsförderung**, um Doppelarbeit in IFC und Weltbank zu vermeiden, Synergien besser zu nutzen
- Massive Investition in die **Kommunikationstechnologie** der WB und deren strategische Nutzung (Intranet, Internet, Videolinks, Global Distance Learning); 65 einzelne IT-Systeme wurden durch SAP ersetzt
- **Die Anfangsqualität der WB-Projekte** wurde von 69% (GJ96, vor dem Compact)) auf **89% im GJ99** erhöht. Die Qualität der Projektbegleitung (Supervision) stieg von 63% (GJ97) auf 82% (GJ99). Die unabhängige Evaluierungsabteilung OED schätzt, dass 81% aller Projekte in GJ98-99 „befriedigend“ oder besser abgeschnitten haben; in dem GJ94-97 waren dies noch 77%.

#### 2.4.4 Tschad-Kamerun Pipeline Projekt

Am **6. Juni 2000** verabschiedete das Direktorium mit einer Enthaltung (Italien) ein Projektpaket (IBRD/IFC), welches die Entwicklung eines Ölfeldes im Süden des Tschad, eine unterirdische Pipeline von 1070 km Länge durch den Tschad und Kamerun und ein Off-Shore-Verladeterminale in Kamerun unterstützen soll (das „Chad Cameroon Petroleum Development and Pipeline Project“). Neben dieser Finanzhilfe unterstützt die Weltbank außerdem ein weltweit erstmaliges Programm, welches die Öleinnahmen im Tschad in Programme für soziale und wirtschaftliche Entwicklung lenken soll. Das

Projekt wird mit seinem Gesamtkostenvolumen von 3,7 Milliarden US\$ ganz überwiegend von einem privaten Konsortium dreier internationaler Ölfirmen (Exxon/Mobil/USA, Petronas/Malaysia und Chevron/USA) finanziert. Die Weltbankgruppe steuert IBRD-Kredite in Höhe von insgesamt 93 Millionen US\$ an die beiden Regierungen und 100 Millionen US\$ IFC-Eigenmittel an die beiden Joint-Venture Pipeline-Betreiber bei (etwa 5% der Gesamtkosten). Das Projekt soll für den **Tschad**, einem der ärmsten Länder der Erde, über die Gesamtlaufzeit von 25 Jahren circa **2 Milliarden US\$** und für Kamerun circa 500 Millionen US\$ an Einnahmen erwirtschaften (abhängig vom Ölpreis). Wenn das Öl in etwa 4 Jahren beginnen wird zu fließen, soll es die Staatseinnahmen im Tschad um etwa 50% erhöhen. 80% der Tschader leben von weniger als 1 US\$ pro Tag. Ohne die Nutzung seiner Bodenschätze würde der Tschad 35 Jahre brauchen, um das Pro-Kopf-Einkommen des Landes zu verdoppeln.

Das Projekt wurde in seiner Entstehungszeit sehr aufmerksam von lokalen und internationalen NGOs, nationalen Parlamenten und der Presse verfolgt. Es ist vermutlich in der Geschichte der Weltbank neben Arun/Nepal, Narmada/Indien und dem China Western Poverty Project (siehe eigenes Kapitel) **eines der vier am intensivsten öffentlich diskutierten Projekte der Weltbank**. Im Unterschied zu den anderen Projekten gab es aber in diesem Fall am Ende einer langen Entstehungsphase im Direktorium die nahezu einhellige Meinung, daß die Weltbank in Bezug auf die technische Abwicklung des Projektes, die Berücksichtigung der Interessen der Betroffenen und deren Beteiligung, den Schutz der natürlichen Ressourcen und die Verwendung der Einnahmen für Armutsbekämpfungsmaßnahmen das Notwendige getan hat, um dem Tschad den Zugang zu seinen Bodenschätzen zu ermöglichen. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und das deutsche ED-Büro haben seit 1996 die Projektentwicklung sehr intensiv begleitet und der Weltbank zahlreiche Verbesserungsvorschläge unterbreitet. Die zahlreichen Sitzungen des BMZ und auch des ED-Büros mit deutschen, lokalen und internationalen NGOs und deren konstruktive Kritik haben maßgeblich zu einer Qualitätsverbesserungen des Projektes beigetragen (z.B. keine Verwendung von IDA-Mitteln für dieses privatwirtschaftlich finanzierte Projekt, Neuauflage der Umweltprüfungen, Trassenverlegungen der Pipeline, intensivere Beteiligung der lokalen Bevölkerung, spezifische Umweltschutzmaßnahmen, Maßnahmen zur Stärkung der Umsetzungskapazitäten im Tschad, die Verwendung der Einnahmen für die Bekämpfung der Armut, der „Revenue Management Plan“ sowie Strukturen für nationales wie internationales Monitoring).

Zum Redaktionsluß bemühte sich die Weltbank in Umsetzung des Boardbeschlusses vom 6. Juni um die Gründung einer **International Advisory Group (IAG)**, die – neben zahlreichen nationalen Kontrollmechanismen - die Projektumsetzung begleiten und den Präsidenten der Weltbank beraten soll.

#### **2.4.5 Internationaler Handel und Entwicklung – Ein Thema des Frühjahrstreffens**

Weltbank und IWF hatten anlässlich der Frühjahrstagung (siehe gesondertes Kapitel) ein Papier zu **Handel und Entwicklung** vorgelegt, in dem sie die Bedeutung des freien Handels für Wachstum und Armutsbekämpfung betonten. Sie appellierten an die Industrieländer, die Märkte für Waren insbesondere aus den ärmsten Ländern der Erde zu öffnen. Das Interesse der Entwicklungsländer müsse bei der nächsten WTO-Runde berücksichtigt werden.

- Die Gouverneure begrüßten die Diskussion und forderten Weltbank, IWF und WTO auf, in Handelsfragen eng zu kooperieren und finanzielle und technische Unterstützung effektiv zu koordinieren. Sie unterstrichen, daß Handelsreformen so gestaltet und terminiert sein müssen, daß sie zur Armutsbekämpfung beitragen. Daher müssten Handelsreformen in umfassende Armutsbekämpfungsstrategien (wie z.B. die PRSPs) integriert werden.

#### 2.4.6 Weltbankstrategie für den Privatsektor

Im Dezember 1999 wurde die **Weltbankstrategie für den Privatsektor** verabschiedet, die angesichts der in den neunziger Jahren stark gestiegenen Bedeutung privater Investitionen in Entwicklungsländern überfällig geworden war. Im Kern sieht die Strategie eine Verbesserung der Zusammenarbeit von IFC, MIGA und IBRD/IDA vor sowie die Konzentration auf die Bereiche Information- und Telekommunikation, Erschließung natürlicher Ressourcen, Infrastruktur, kleine und mittlere Unternehmen und Beratungsdienstleistungen. Ziel ist es, darüber hinaus private Investitionen in Bereiche zu lenken, in denen der private Sektor bislang nicht oder wenig tätig ist. Hierzu zählen die traditionell öffentlichen Betätigungsfelder wie Wasser- und Energieversorgung und Transport; außerdem sollten Investitionen in Länder geleitet werden, welche aufgrund unzureichender Rahmenbedingungen bislang vergleichsweise wenig private Investitionen anziehen konnten.

Im weiteren Verlauf wurden zur Umsetzung der Strategieziele mehrere Abteilungen aus Weltbank und IFC zu sogenannten „**Global Product Groups**“ zusammengelegt und die Einbindung der MIGA gestärkt. Konkrete Maßnahmen sollen im Rahmen von Sektor- und Länderstrategien entworfen werden.

#### 2.4.7 International Financial Architecture

Während die Geschäftsjahre 98 und 99 im Zeichen der Finanzsektorkrise standen und rasche Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise und zur Minderung sozialer Härten das Geschehen bestimmten, waren die Bemühungen im abgelaufenen Geschäftsjahr auf Maßnahmen zur Krisenprävention gerichtet. Unter der Überschrift „**Strengthening the International Financial Architecture**“ wurden zunächst Analysen von Stärken, Schwächen und Risiken von Finanzsystemen durchgeführt. Darauf aufbauend sollen geeignete Maßnahmen definiert werden, um - in der Regel im Rahmen von Strukturanpassungskrediten - zur Stärkung der nationalen und internationalen Finanzsysteme beizutragen. Im Mittelpunkt der Anpassungs- und Reformpakete steht die Förderung von Finanzinstitutionen, mehr Transparenz und Öffentlichkeit, die Verbreitung internationaler Standards und ein verbessertes Risikomanagement.

Entscheidend und teilweise neu ist dabei, daß Weltbank und IWF in enger Abstimmung und gemeinsam vorgehen. Im Rahmen einer Pilotphase wird erstmalig ein gemeinsames Produkt - die sogenannten „**Financial Sector Assessment Programs**“ (FSAP) - erstellt, wobei die beiden Institutionen arbeitsteilig vorgehen und ihnen in jeweils unterschiedlichen Bereichen die Federführung obliegt. Während der einjährigen Pilotphase wurden insgesamt 12 FSAP Analysen durchgeführt, darunter in Ländern wie Kanada, Indien und Kamerun. Aufgrund der insgesamt sehr positiven Resonanz und guten Nachfrage sollen weitere FSAPs in 24 Ländern im laufenden Fiskaljahr durchgeführt werden.

### 2.4.8 Kapitalausstattung der Weltbank (IBRD)

Das Weltbank-Management hatte anlässlich der letzten Herbst- und Frühjahrstagung Papiere zur Angemessenheit der Kapitalausstattung der IBRD vorgelegt. Die Gouverneure kamen im Ergebnis zu der Auffassung, daß die Kapitalausstattung durch die Reaktion auf die Asienkrise zwar beeinträchtigt wurde, aber für den Erhalt des AAA-Ratings ausreichend ist. Es wurde jedoch auch deutlich, daß die WB nicht erneut im gleichen Ausmaße auf eine mit der Asienkrise vergleichbare Situation reagieren kann. Ob die Kapitaldecke der IBRD „ausreichend“ ist, hängt maßgeblich davon ab, welche Ziele die Bank anstrebt und welche Instrumente sie in Zukunft verwendet. Dies erfordert zunächst eine Strategiediskussion. Die Gouverneure einigten sich darauf, daß die Kapitalausstattung der IBRD weiterhin unter Beobachtung bleiben soll.

### 2.4.9 IDA 12 Midterm Review Lissabon

Vertreter der IDA-Geber (die „IDA-Deputies“) trafen sich vom 6. bis 8. Juni in Lissabon erstmalig zu einem „Midterm-Review“ zwischen zwei Auffüllungsverhandlungen des weichen Kreditfensters IDA. Die Deputies diskutierten einen Bericht über die Implementierung von IDA 11 und 12, das IDA Mittelallokationssystem, die Fortschritte in der HIPC-Initiative und Finanzierungsfragen, Fortschritte bei der Operationalisierung von Poverty Reduction Strategy Papers (PRSP, siehe auch HIPC-Kapitel), die Strategien der WBG zur Unterstützung privatwirtschaftlicher Entwicklung und der Förderung staatlicher Institutionen und von „Good Governance“. Die Deputies begrüßten die Absicht IDA's, zur Bekämpfung der AIDS/HIV-Krise mindestens 1 Milliarde US\$ zur Verfügung zu stellen.

## 3. Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft

Im GJ 2000 sind **Liefer- und Leistungsaufträge** aus Weltbank- und IDA-Krediten für insgesamt US \$ 807 Mio nach Deutschland geflossen. Dies entspricht einem **Anteil von rd. 9,23 %** an den Gesamtauszahlungen der Weltbank im abgelaufenen Fiskaljahr. Gemessen am deutschen Kapitalanteil an der Weltbank (rd. 4,7%) ist diese Bilanz in jedem Fall positiv, gemessen am Vorjahresanteil in Höhe von rd. 8 % ebenfalls. Allerdings ist aufgrund des geringeren Geschäftsvolumens ein Rückgang in absoluten Zahlen von US \$ 1,18 Mrd. auf US \$ 807 zu verzeichnen.

Erfreulich ist auch der gestiegene Anteil Deutschland im Bereich **Consultingleistungen**. Während dieser in Vorjahren vergleichsweise niedrig ausfiel (GJ 99: 3,75%; GJ 98: 3,40%), konnte der Anteil deutscher Unternehmen in diesem Geschäftsjahr auf 4,36% gesteigert werden. Ob diese Steigerung bereits auf die Einrichtung des ersten deutschen Consultant Trust Funds zurückzuführen ist, vermag zum jetzigen Zeitpunkt nicht gesagt werden; noch bleibt abzuwarten, ob dieser Trend hält.

Weiter differenziert ergibt sich folgendes Bild: Der deutsche Lieferanteil bei Weltbank Darlehen ging leicht von 11,98% (GJ 99) auf 11,03% zurück. Stärker ging der deutsche Anteil bei IDA-Krediten zurück, der sich von 7,69% auf 3,79% verminderte. Eine absolute Steigerung ist aber hinsichtlich des deutschen Anteils bei Strukturanpassungsdarlehen von 7,04% auf 9,7% zu verzeichnen, wobei dieser Wert jedoch lediglich auf der



Basis von Außenhandelsstatistiken geschätzt wird und nicht konkrete Geschäftsabschlüsse spiegelt. Bei Betrachtung längerer Zahlenreihen liegen die Daten jedoch im Mittel der letzten fünf Jahre.

Die Konkurrenz um Aufträge der Weltbank ist im allgemeinen sehr groß und ermöglicht vielen Unternehmen den Einstieg in ansonsten stark risikobehaftete Länder und Sektoren. Durch eine sorgfältige Projektvorbereitung und Prüfung seitens der Weltbank werden diese Risiken jedoch gemindert und die Durchführbarkeit und eine ordnungsgemäße Projektabwicklung in hohem Maße garantiert. Die Ausschreibungsunterlagen werden mehrfach geprüft und die Angebotsauswertung erfolgt nach genau festgelegten Kriterien. Diese begleitende Unterstützung führt dazu, daß weltbankfinanzierte Aufträge aus einem Entwicklungsland für ein privates Unternehmen eher zu einem Geschäft und nicht zu einem Abenteuer werden. Die Attraktivität von Weltbankaufträgen für deutsche Unternehmen ist daher verständlich. Das Büro des deutschen Exekutivdirektors versteht sich deshalb auch als **Anlauf- und Beratungsstelle für die deutsche Wirtschaft**.

Während des abgelaufenen Fiskaljahres sind in diesem Zusammenhang folgende Initiativen und Institutionen hervorzuheben:

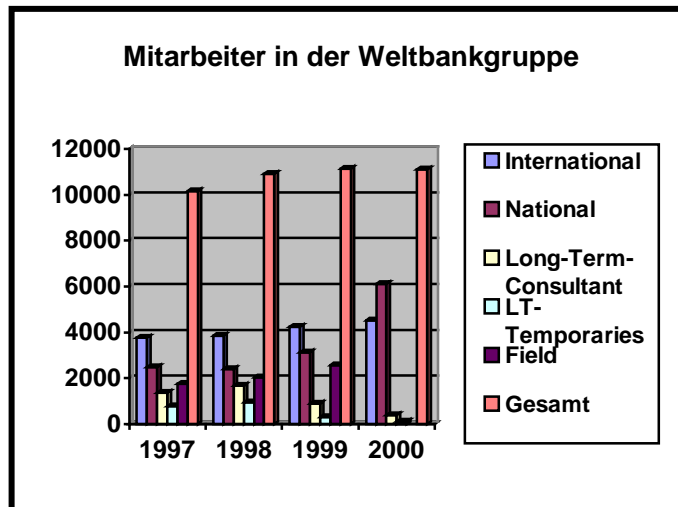
- Zu Beginn des Geschäftsjahres wurde der erste **deutsche Consultant Trust Fund** bei der Weltbank eingerichtet. Der Consultant Trust Fund wurde mit insgesamt DM 4 Mio ausgestattet, welche der Weltbank für die Geschäftsjahre 2000 und 2001 zur Durchführung umweltrelevanter Gutachten sowie zur Vorbereitung von Vorhaben aus dem Umweltbereich zur Verfügung stehen. Der Trust Fund soll deutschen Consulting Unternehmen den Einstieg in das Geschäft mit der Weltbank erleichtern. Das maximale Auftragsvolumen beträgt US \$ 100.000 und die Auftragsvergabe ist für 75% der Gesamtmittel an deutsche Consultants und Consultingunternehmen gebunden. Erste Ergebnisse sind überaus positiv: Die Nachfrage ist ausgesprochen hoch und übersteigt sowohl die Erwartungen als auch die vorhandenen Mittel. So wurden bis zum Ende des Geschäftsjahres insgesamt 13 Verträge über rd. DM 2 Mio mit deutschen Consultants und Consultingunternehmen abgeschlossen. Ohne die vorgenommene Staffelung der zur Verfügung gestellten Mittel wären die Gelder bereits heute ausgeschöpft.
- Das **Business Partnership Centers** der Weltbank hat sich im dritten Jahr seines Bestehens fest etabliert. Im Zusammenhang mit der Weltbankstrategie für den Privatsektor wird die Bedeutung des Centers als zentrale Anlaufstelle für private Unternehmen zur Geschäftsanbahnung und bei der Kontaktaufnahme mit der Weltbankgruppe weiter steigen. Es stellt umfangreiche Informationen zu den Aufgaben und Instrumenten der gesamten Weltbankgruppe zur Verfügung, berät Unternehmen, vermittelt Kontakte in die Weltbank und organisiert Seminare zum Ausschreibungsverfahren und Beschaffungswesen, an welchem auch in diesem Jahr Vertreter der deutschen Wirtschaft und der BfAI teilnahmen. (Business Partnership Center, 1818 H-Street N.W., Washington DC 20433, Tel.: 202-522-4272, Fax: 202-522-1727. Email: [business\\_partner@worldbank.org](mailto:business_partner@worldbank.org), Internet: <http://www.worldbank.org/business/bpcent.htm>).
- Das **Büro der Weltbankgruppe in Deutschland** erfreut sich ebenfalls starken Zuspruchs. Es hat seinen Standort in Frankfurt/Main und fungiert als Anlaufstelle und Beratungsinstanz für die deutsche Wirtschaft. Das Büro wird von Herrn Oltmann Siemens geleitet, die Kontaktanschrift lautet: (Bockenheimer Landstrasse 109,

60325 Frankfurt/Main, Tel.: 069-743-48230, Fax: 069-743-48239, Email: osiemens@ifc.org).

- Das vor einigen Jahren ins Leben gerufene **Staff Exchange Program** mit der Wirtschaft erfreute sich auch im abgelaufenen Geschäftsjahr großer Beliebtheit. Im Rahmen des Programms hospitieren z. Zt. 8 Mitarbeiter aus deutschen Unternehmen für etwa 2 Jahre in verschiedenen Abteilungen der Weltbankgruppe. Im Gegenzug sind die Unternehmen bereit, Mitarbeiter der Weltbank in ähnlicher Weise aufzunehmen. Derzeit wird das Staff Exchange Program der Weltbank von den deutschen Unternehmen Siemens, Deutsche Bank, Dresdner Bank, Deutsche Post, Hoechst, Aventis und GTZ genutzt (siehe auch Kap. 4).

#### 4. Deutsche Mitarbeiter in der Weltbankgruppe

Zum Ende des Geschäftsjahres 2000 werden in der **Weltbank 11.103 Mitarbeiter**<sup>4</sup> (Zentrale 8.424 und vor Ort 2.679) gezählt. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich damit die Gesamtzahl der Mitarbeiter in der Weltbankgruppe von 11.135 um 32 reduziert (-0,27%). 1998 waren es 10.907.



Wenn man die Mitarbeiterzahlen herunterbricht, dann wird deutlich, dass die weitreichende **Personalreform** von 1999 greift. Die Zahl der ‚Long-Term Consultants‘ (1998: 1.868; 2000: 377) und ‚Long-Term Temporaries‘ (1998: 2.980, 2000: 482) wurde zugunsten regulärer befristeter und unbefristeter Mitarbeiter (1998: 7.927, 2000: 10.621) mit entsprechender Arbeitsplatzsicherheit und Sozialleistungen abgebaut. Die Zahl der ‚Short-Term Consultants‘ nahm andererseits kontinuierlich zu: 2000: 6.702; 1999: 5.242; 1998: 4.840.

Auch die mit dem Strategic Compact angestrebte **Dezentralisierung** der Weltbank geht weiter voran. Die Mitarbeiter im Feld sind deutlich angestiegen. Waren es 1996 noch 1.515, so hat sich die Zahl bis 2000 nahezu verdoppelt (2.679). Hinzukommen 478

<sup>4</sup> Eingerechnet sind reguläre Mitarbeiter mit unbefristeten und befristeten Verträgen, Long-Term Consultants und Long Term Temporaries. Nicht mitgerechnet werden Angestellte („Short-Term-Consultants“) mit einem Arbeitsvertrag mit bis zu 190 Arbeitstagen pro Jahr.

(1999 442) internationale Mitarbeiter der Zentrale, die für bis zu drei Jahren vor Ort arbeiten.

Wenn man die Mitarbeiterzahlen herunterbricht, dann wird deutlich, dass die weitreichende **Personalreform** von 1999 greift. Die Zahl der ‚Long-Term Consultants‘ (1998: 1.868; 2000: 377) und ‚Long-Term Temporaries‘ (1998: 2.980, 2000: 482) wurde zugunsten regulärer befristeter und unbefristeter Mitarbeiter (1998: 7.927, 2000: 10.621) mit entsprechender Arbeitsplatzsicherheit und Sozialleistungen abgebaut. Die Zahl der ‚Short-Term Consultants‘ nahm andererseits kontinuierlich zu: 2000: 6.702; 1999: 5.242; 1998: 4.840.

Auch die mit dem Strategic Compact angestrebte **Dezentralisierung** der Weltbank geht weiter voran. Die Mitarbeiter im Feld sind deutlich angestiegen. Waren es 1996 noch 1.515, so hat sich die Zahl bis 2000 nahezu verdoppelt (2.679). Hinzukommen 478 (1999 442) internationale Mitarbeiter der Zentrale, die für bis zu drei Jahren vor Ort arbeiten.

Seit der Personalreform 1999 unterscheidet die Weltbank **zwischen internationalen<sup>5</sup> und nationalen<sup>6</sup> Mitarbeitern**. In der Zentrale werden zum Ende des Geschäftsjahrs 4.518 internationale Mitarbeiter gezählt (478 davon zeitweilig vor Ort versetzt). Die Zunahme um 6,3% seit 1999 (4.253) lässt sich mit der Übernahme der ‚Long-Term Consultants‘ erklären. Wenn man sich die internationalen Mitarbeiter unter dem Aspekt des Nationalitätenmixes ansieht, dominieren die US-Amerikaner weiterhin in der Weltbank mit 25,9% (26,0% 1999), obwohl die USA nur einen IBRD-Stimmrechtsanteil von 16,49% haben. Dies ist zwar ein fragwürdiger Indikator; doch der IBRD-Stimmrechtsanteil wird meist als Orientierungsgröße für den jeweiligen nationalen Personalanteil genommen.

Im Rahmen der Reformdiskussionen zum Personalbereich hat die deutsche Seite, in Einklang mit einigen anderen Exekutivdirektoren im Board und im Personalausschuß, eine größere Diversifizierung der Weltbankgruppe gefordert. Unter **Diversifizierung** ist dabei nicht nur der ausgeglichene Nationalitätenmix gemeint. Es umfaßt beispielsweise auch Rekrutierung von Mitarbeitern aus allen Hochschulsystemen (bislang Bevorzugung angelsächsischer Hochschulen), Einsatz vielfältiger Berufsprofile, um den steigenden Anforderungen gewachsen zu sein, beinhaltet aber auch Geschlecht, Hautfarbe und Religion. Die Umsetzung der verstärkten Diversifizierung wird vom Exekutivdirektorium eng überwacht und zeigte erste Erfolge.

---

<sup>5</sup> Es wird weltweit rekrutiert, um die entsprechenden Experten zu finden, aber auch um dem Ziel der nationalen Diversität näher zu kommen. Diese Mitarbeiter erhalten zusätzliche finanzielle Leistungen, um Kosten für den Umzug, Neuansiedlung usw. abzudecken.

Die internationalen Mitarbeiter werden auch ‚professionals‘ genannt und haben i.d.R. einen Universitätsabschluss.

<sup>6</sup> In der Zentrale ist dies i.d.R. der ‚support staff‘ bis Grad D/E; vor Ort sind gut 80% nationale Mitarbeiter.

## Internationale Mitarbeiter in der Weltbankgruppe nach Nationalitäten

	Anzahl Higher Level Staff			Personalanteil in Prozent		
	1999	2000	Veränderung gegenüber Vorjahr	1999	2000	IBRD-Stimmrechtsanteil
<b>Gesamt</b>	<b>4.253</b>	<b>4.518</b>	- 0,3	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,00</b>
USA	1.104	1.171	6,1	26,0	25,9	16,49
Japan	100	113	13,0	2,4	2,5	7,91
Deutschland	115	129	12,2	2,6	2,9	4,52
Großbritannien	309	292	-5,5	7,3	6,5	4,33
Frankreich	212	225	6,1	5,0	5,0	4,33
Kanada	185	206	11,4	4,3	4,6	2,80
Italien	75	78	4,0	1,8	1,7	2,80

Im Geschäftsjahr 2000 haben 358 internationale Mitarbeiter die Weltbank verlassen, darunter 12 Deutsche.

Die Zahl der **Deutschen**, die als internationale Mitarbeiter eingestellt sind, hat sich dennoch im letzten Jahr von 115 auf 129 und somit um 12,2% erhöht (nur 20,9% davon sind Frauen). Der deutsche Personalanteil bezüglich internationaler Mitarbeiter stieg im GJ 2000 von 2,6 auf 2,9%. Dies ist in absoluten und relativen Zahlen ein sehr gutes Ergebnis. Hinzu kommen 32 nationale Mitarbeiter, 14 davon in der Stufe E (ehemals unterste Stufe für ‚professional‘) und eine/r in den Stufen GF-GK. Somit arbeiten insgesamt 161 Deutsche in der Weltbankgruppe.

Unser Ziel für die nächsten Jahre muß es aber weiterhin sein, auch mit Hilfe der deutschen Personalprogramme (vgl. unten) den deutschen Personalanteil in der Weltbank prozentual wie auch in absoluten Zahlen zu **steigern**.

Peter Woicke ist als Leiter der IFC und als einer der 5 Geschäftsführenden Direktoren (Managing Directors) der ranghöchste Deutsche in der Weltbank. Ein weiterer Deutscher in **Spitzenfunktion** in der Weltbank ist Johannes Linn, Vizepräsident, zuständig für Mittel- und Osteuropa sowie die Staaten der früheren Sowjetunion. Im mittleren und höheren Management (Grad H und höher) ist Deutschland mit 43 Mitarbeitern (1999: 43) oder 3,0% (1998: 2,9%) vertreten. Damit ist auch die Zahl der Deutschen im Management der Weltbankgruppe prozentual leicht angestiegen.

Kaum von Bedeutung ist der Anteil **deutscher Long-Term Consultants** (2 von 201) oder **Short-Term Consultants** (137 von 6.702, entspricht 2%) in der Zentrale, also der temporär, meist als ‚professionals‘ Beschäftigten. Die Überrepräsentanz der USA ist hier auch aufgrund des ‚Heimvorteils‘ noch größer als bei den regulären Bediensteten.

Wichtige Instrumente für die mittel- und langfristige Erhöhung des deutschen Personalanteils in der Weltbankgruppe sind die **Nachwuchs- und Personalprogramme**. Die Teilnahme am elitären ‚**Young Professional Program** (YP)‘ der Weltbank ist meist der erste Schritt zu einer guten Karriere. Von den 50 YPs, die 2000 ihre Tätigkeit in der Weltbank aufgenommen haben, sind vier Deutsche (8%). Bei den 2000 neu ausgewählten 41 YPs hat sich allerdings kein/e Deutsche/r qualifizieren können.

Über das 1997 eingeführte deutsche ‚**Junior Professional Program** (JPO)‘ wurden inzwischen 16 junge Berufstätige vermittelt; drei davon im Kalenderjahr 2000.

Einen ersten Einblick in die Arbeit der Weltbank gibt das ‚**Summer Intern Program**‘ für Doktoranden oder Studenten im Hauptstudium. Neben dem offiziellen Praktikantenprogramm gibt es noch zahlreiche weitere Möglichkeiten, ein Praktikum in der Weltbank zu machen, dies ist aber statistisch nicht erfaßt.

### Die Nachwuchsprogramme

	1999		2000	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Young Professional Program	50	100	41	100
davon Deutsche	3	6,0	0	0
Junior Professional Program	4	-	3	-

Die im Lauf der letzten vier Jahre mit der Weltbank vereinbarten Programme zur mittel- und langfristigen Erhöhung des deutschen Personalanteil sind sehr gut angelaufen und erfreuen sich lebhafter Nachfrage:

- **Beigeordnete Sachverständige oder ‚Junior Professional Program (JPO)‘:** Das vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanzierte Nachwuchsprogramm ist im Juli 1997 mit der Weltbank vereinbart worden. Junge Berufstätige bis zu 32 Jahren werden für normalerweise zwei Jahre in entwicklungspolitisch relevanten Arbeitsbereichen der Weltbank eingesetzt. Das ‚Büro Führungskräfte zu Internationalen Organisationen (BFIO)‘ in Bonn ist auf der deutschen Seite für eine erste Kandidatenauswahl und die technische Betreuung des Programms zuständig. Die Weltbank identifiziert die Stellen und wählt die Kandidaten endgültig aus. Der Erfolg dieses Programm kann nur mittel- und langfristig gemessen werden. Während aus dem ersten Jahrgang (1997) von den 4 JPOs nur einer von der Weltbank übernommen wurde, sehen die Zahlen für den zweiten Jahrgang besser aus: von den fünf JPOs haben bereits drei ein Angebot der Weltbank erhalten und akzeptiert und ein weiterer ist derzeit in Vertragsverhandlungen.
- **Nationales Expertenprogramm:** Bis zum Ende des Geschäftsjahrs haben zwei Nationale Experten (BMF, BMBF) in der Weltbank gearbeitet. Einer hat seitdem einen regulären Weltbankvertrag erhalten, der andere ist zur Europäischen Kommission gegangen. BMZ sah sich aus Haushaltsgründen nicht in der Lage, Mittel für eine neue ‚Nationale Experten‘-Stelle bereitzustellen. Das ursprünglich allein auf die Bundesministerien beschränkte Programm wurde auf die Landesministerien, die nachgeordneten Behörden, die Kreditanstalt für Wiederaufbau, die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, die Deutsche Bundesbank sowie Universitäten und Forschungsinstitute erweitert. Nach der Angebots- und Bedarfsformulierung legt die Weltbankgruppe Stellenbeschreibungen vor; danach werden geeignete deutsche Kandidaten identifiziert. Bei der Entsendung von bis zu drei Jahren wird das deutsche Inlandsgehalt von der entsendenden Institution weiter

bezahlt; die Weltbank übernimmt die Differenz zum regulären Weltbankgehalt und andere Kosten (insgesamt ca. die Hälfte der Gesamtkosten).

- **Austauschprogramm mit der Wirtschaft:** Es beteiligen sich derzeit sechs, meist große deutsche Unternehmen wie Siemens, Deutsche Bank oder Lahmeyer an dem von Präsident Wolfensohn initiierten Austauschprogramm mit internationalen Wirtschaftsunternehmen. Sie haben zum 30. Juni 2000 10 Mitarbeiter zur Weltbank entsandt. Im Gegenzug sind derzeit vier Weltbankmitarbeiter bei deutschen Firmen.

## 5. Geschäftstätigkeit der Weltbankgruppe

### 5.1 IBRD und IDA (vgl. auch Anlage 1)

Im GJ 00 billigte das Exekutivdirektorium insgesamt 223 Projekte mit einem **Zusagevolumen** von US-\$ 15,3 Mrd. Davon entfielen 97 Projekte mit Darlehenszusagen von US-\$ 10,9 Mrd. auf die IBRD und 126 Projekte mit einem Kreditzusagevolumen von US-\$ 4,4 Mrd. auf IDA.

Insgesamt betrachtet ist das **Zusagevolumen von IBRD und IDA** im zurückliegenden GJ um fast 50% gesunken. Die Weltbank führt diese Entwicklung im Wesentlichen auf drei Faktoren zurück:

- *Zyklische Faktoren:* Nach der globalen Finanzkrise in den Vorjahren haben sich insbesondere die Ökonomien der Schwellenländer stabilisiert. So gingen die Darlehenszusagen an krisengeschüttelte Länder wie Korea, Argentinien, Indonesien, Brasilien, Russland und Thailand von US-\$ 13 Mrd. im letzten Jahr auf unter US-\$ 2 Mrd. in diesem GJ zurück.
- *Langfristige Faktoren:* Es ist ein kontinuierlicher Trend zugunsten durchschnittlich kleinerer Projekte festzustellen.
- *Länderspezifische Faktoren:* Konflikte, politische Transformationen sowie generelle Länderperformance führten zu abnehmenden Zusagevolumina (z.B. Äthiopien, Eritrea).

Möglicherweise haben auch die Erhöhungen der Zinsen und Gebühren vor zwei Jahren und die zunehmende Konditionalisierung dazu beigetragen, dass einige Entwicklungsländer weniger IBRD-Kredite aufgenommen haben als früher.

US-\$ 4,4 Mrd. der IBRD-Zusagen entfielen im GJ 00 auf Anpassungsdarlehen (zum Vergleich: US-\$ 13,9 Mrd. im GJ 99), was rund 40 % der Gesamtzusagen entspricht. 60 % der Mittel wurden für Investitionsvorhaben eingesetzt.

Die **Auszahlungen** waren bei IBRD und IDA ebenfalls niedriger als im Vorjahr. Bei IBRD sanken sie nominal um rd. 27 % auf US-\$ 13,3 Mrd. und bei IDA um 16 % auf US-\$ 5,2 Mrd. Dies entspricht ungefähr dem durchschnittlichen Niveau vor der Krise. Die rückgängigen IBRD-Auszahlungen führt die WB im Wesentlichen auf die Abnahme der Anpassungsdarlehen zurück.

Außerdem hat die fortlaufende Qualitätsverbesserung der Projekte durch bessere Projektvorbereitung, größere Selektivität und effektivere Überwachung dazu geführt,

dass geringere Zusagen erfolgten und die zur Verfügung gestellten Mittel insgesamt effektiver eingesetzt wurden, aber langsamer abflossen.

**Regional** betrachtet wurden die Darlehenszusagen der **IBRD** in fast allen Regionen *nominal* im Vergleich zum Vorjahr reduziert, wobei der Rückgang in der Region Ostasien/Pazifik mit fast 72 % am stärksten war. Als einzige hat die Region Afrika nominal zugelegt; bedingt durch den niedrigen Basiswert im letzten Jahr um nahezu das 20fache. Die Region Ostasien/Pazifik hat auch *prozentual* im Vergleich zum Vorjahr stark abgenommen (von 40 auf 23 %). Alle übrigen Regionen konnten hingegen prozentual leichte Zuwächse verzeichnen.

**Sektoral** haben sich im letzten GJ wie bereits im Jahr zuvor einige Schwerpunktverlagerungen ergeben. Die größten Einbußen musste der Bereich Wirtschaftspolitik hinnehmen mit einem prozentualen Rückgang von 41 auf 7 %. Wesentlich abgenommen haben auch die Sektoren Privatsektorentwicklung, Sozialversicherung, Bildung und Verkehr. Dies ist i.W. auf die starke Senkung der Anpassungsdarlehen zurückzuführen, die ihre Schwerpunkte u.a. in den Bereichen Sozialversicherung und Privatsektorentwicklung haben. Klare Zugänge verzeichneten hingegen die Bereiche Reform der öffentlichen Verwaltung, Stadtentwicklung, Öl und Gas, mehrere Sektoren sowie Strom und Energie.

Die **IBRD** erwirtschaftete im GJ 00 wieder ein sehr gutes Geschäftsergebnis. Der **Gewinn** ("Net-Income") lag mit US-\$ 1,991 Mrd. um rund 31 % über dem letztjährigen Ergebnis, das auch schon im Vergleich zum Vorjahr um 22 % gestiegen war. Die Verwendung des verteilbaren Gewinns auf das GJ 01 (US-\$ 1,582 Mrd.) wurde auf der Direktoriumssitzung vom 01.08.00 wie folgt beschlossen: US-\$ 871 Mio. Einstellung in die allgemeine Reserve, US-\$ 320 Mio. für IDA, US-\$ 250 Mio. für den HIPC-Treuhandfonds, US-\$ 35 Mio. für den Kosovo-Treuhandfonds, US-\$ 30 Mio. für die PACT-Initiative sowie US-\$ 76 Mio. für das Surplus-Konto.

Die **Zahl der Mitglieder der IBRD** blieb auch im GJ 00 unverändert zum Vorjahr bei 181 Mitgliedern.

Bei **IDA** ist das gesamte Ausleihvolumen im letzten GJ um 36 % zurückgegangen. Nur die **Region** Afrika konnte mit rund US-\$ 2 Mrd. das Ausleihvolumen nominal leicht sowie prozentual erheblich von 30 auf 47 % ausweiten. Bei allen übrigen Regionen ging das Volumen zurück. Nominal ist das Ausleihvolumen in den Regionen Ostasien/Pazifik um 52 %, Europa/Zentralasien um 67 %, Lateinamerika/Karibik um rund 72 %, Mittlerer Osten/Nordafrika um 60 % sowie Südasien um 35 % gesunken.

**Sektoral** betrachtet haben folgende Sektoren nominal am stärksten eingebüßt: Landwirtschaft (65 %), Wirtschaftspolitik (46 %), Umwelt (74 %), mehrere Sektoren (67 %), Verkehr (45 %), Wasserversorgung und Abwasser (55 %) sowie Stadtentwicklung (91 %). Hinzu gewonnen haben hingegen insbesondere die Sektoren Strom und Energie (148 %), der Sektor, der im letzten GJ besonders starke Einbußen hatte, und Reform der öffentlichen Verwaltung (52 %).

**IDA** hatte im GJ 00 161 **Mitglieder**. Als neues Mitglied ist Barbados am 29.09.99 hinzugekommen.

## 5.2 Internationale Finanzkorporation (IFC) (vgl. auch Anlage 2)

Im GJ 2000 stieg die Anzahl der vom Exekutivdirektorium genehmigten Projekte leicht von 255 auf 259 Vorhaben, während das Finanzierungsvolumen der IFC mit rd. US \$ 3,5 Mrd. auf Vorjahresniveau blieb. **IFC-Darlehen** waren daran mit US \$ 2,1 Mrd., **IFC-Eigenkapitalbeteiligungen** mit US \$ 841 Mrd und **IFC-Garantieübernahmen** mit US \$ 550 Mio beteiligt. Darüber hinaus konnten über Syndizierungen an Geschäftsbanken ("participants loans") US \$ 2,3 Mrd. (GJ 99 US \$ 1,8 Mrd.) mobilisiert werden. Die hiermit ermöglichte **Gesamtinvestitionssumme** wurde von US \$ 15.6 Mrd auf US \$ 21,1 Mrd. gesteigert, was sich vor allem durch die Beteiligung der IFC an einigen sehr großen Vorhaben erklärt wie zu Beispiel der Tschad-Kamerun Öl-Pipeline.

Im Gegensatz zu den aggregierten Geschäftszahlen ergeben sich bei der **regionalen Verteilung** einige wesentliche Veränderungen. So konnte der Anteil des genehmigten Investitionsvolumens im südlichen Afrika von 10,2% (FY 99) auf 21,6% mehr als verdoppelt werden. Diese sehr positive Entwicklung ist nicht nur auf Sondereinflüsse wie das Tschad-Kamerun Vorhaben zurückzuführen, sondern spiegelt einen neuen Trend, der auch in anderen Bereichen wie Vertragsabschlüssen und Auszahlungen zu beobachten ist. Während die Zusagen für die beiden Hauptregionen Asien (ohne Zentralasien) mit 26% und Lateinamerika mit 34% nahezu konstant blieben, ging der Anteil Osteuropas und Zentralasiens von 22% auf 14% zurück. Der Rückgang reflektiert vor allem eine stark gesunkene Mittelnachfrage bei Direktinvestitionen in Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik, da hier zunehmend private Banken die Rolle der IFC übernehmen.

Sektoral bildet auch im GJ 2000 der Finanzsektor den **sektoralen Investitionsschwerpunkt** der IFC. 46% der Mittel oder US \$ 1,6 Mrd. der Neuinvestitionen gingen an kommerzielle Banken, Mikrofinanzinstitutionen, Leasing-Unternehmen, Pensionsfonds, Börsen und ähnliches. Daneben spielen Infrastrukturinvestitionen (US \$ 778 Mio) die größte Rolle. Während in anderen Sektoren die Zusagen in etwa gleich blieben, ist die Entwicklung im Gesundheits- und Bildungssektor bemerkenswert: Während im GJ 99 nur US \$ 24 Mio für Vorhaben in diesen Bereichen genehmigt wurden, verfünffachte sich dieser Anteil auf US \$ 132 Mio in GJ 2000. Gleichwohl ist die IFC-Relevanz der beiden Sektoren innerhalb des Direktoriums umstritten und es ist unklar, welche Rolle diese Bereiche in Zukunft spielen werden.

Mit dem Stichwort "**Digital Divide**" wird die Kluft umschrieben, die sich zwischen industrialisierten und Entwicklungsländern im Hinblick auf die unterschiedliche Verfügbarkeit von Informationstechnologien wie Computer und Internet auftut und von Jahr zu Jahr ausweitet, da die Bedeutung dieser Technologien in den Industrieländern in großem Umfang steigt. Um dem Problem zu begegnen, versucht die IFC durch Mittelmobilisierung und Beteiligungen die Erschließung dieser Märkte in Entwicklungsländern zu beschleunigen und den Technologietransfer zu erleichtern. Die IFC ist hierzu mit der japanischen Softbank das Joint Venture "**Softbank Emerging Markets**" eingegangen, welches insgesamt US \$ 520 Mio für Investitionen in die Informationstechnologie in Entwicklungsländern bereitstellt und über sogenannte "Incubation Center" den Technologietransfer in Schwellenländer beschleunigen soll.

Nachdem vor zwei Jahren die **Umwelt- und Sozialstandards** der IFC auf ein höheres Niveau gehoben wurden, versucht die IFC nunmehr verstärkt Investitionen und



Investoren zu fördern, welche sich über die betriebswirtschaftliche Rentabilität hinaus beim Umweltschutz und in der sozialen Gemeinschaft engagieren.

Zur weiteren Verbesserung von Standards, Glaubwürdigkeit und Transparenz wurde die Position eines "**Compliance Adviser/Ombudsman**" für IFC und MIGA eingerichtet, welcher als Anlaufstelle für Fragen und Beschwerden aus der Öffentlichkeit fungiert. Pragmatische Problemlösungen und schnelle Hilfe stehen dabei im Mittelpunkt der Aufgabenbeschreibung. Für die Stelle wurde Frau Meg Taylor aus Papua Neu-Guinea gewonnen, welche sich als Anwältin der Armen und der Umwelt in verschiedenen Organisationen und als Botschafterin ihres Landes in Washington einen Namen gemacht hat.

Im GJ 2000 sind keine weiteren **Mitgliedsstaaten** hinzugekommen, so daß die IFC weiterhin 174 Mitgliedsländer zählt.

Geschäftsführender Vizepräsident der IFC ist weiterhin der Deutsche Peter Woicke, der auch als einer der fünf Managing Directors der IBRD (zweite Ebene hinter dem Präsidenten) verantwortlich ist für den Privatsektor in der Weltbankgruppe.

### **5.3 Multilaterale Investitionsagentur (MIGA)** (vgl. auch Anlage 3)

Das Geschäftsjahr der MIGA verlief außerordentlich erfolgreich. Insgesamt konnten 53 Garantieverträge (GJ 99: 72) über US\$ 1,6 Mrd. (GJ 99: US\$ 1,3 Mrd.) abgeschlossen werden, welches einer weiteren Steigerung des Geschäftsvolumens um rd. 23% entspricht (GJ 99: 60%). Die hierdurch mobilisierten Investitionsmittel in Höhe von rd. US\$ 3,6 Mrd. verteilen sich auf 26 Länder, wobei fast ein Drittel der Mittel in besonders unterentwickelte IDA Länder fließen und neun Garantieverträge für sogenannte Süd-Süd Investitionen genehmigt wurden.

Die **regionale Konzentration** der MIGA lag auch im GJ 2000 auf Ländern in Lateinamerika und der Karibik, welche 53% des genehmigten Garantievolumens für sich beanspruchen. Entgegen dem letztjährigen Trend konnte jedoch das Garantievolumen für Afrika ausgeweitet und von 5% auf fast 20 % vervierfacht werden. Während der Anteil von Garantien nach Europa und Zentralasien leicht stieg, wurde für andere asiatische Länder nicht eine einzige Garantieübernahme genehmigt (GJ 99: 18%). Erstmals wurden Garantieverträge für Vorhaben in Albanien, Armenien, Bosnien, Lesotho, Kroatien, Macedonien, Moldavien, Nicaragua, Swasiland und Turkmenistan abgeschlossen.

**Sektoral** ist eine starke Ausweitung des Portfolios zugunsten der Infrastruktur zu verzeichnen, welche in diesem GJ rd. 50% der Zusagen ausmachen. Zurückgegangen ist die Nachfrage nach Garantien für Finanzdienstleistungen von mehr als 62% auf rd. 20%, während in anderen Sektoren keine nennenswerten Verschiebungen zu beobachten sind. Die zum Teil starken Schwankungen sind teilweise zufallsbedingt und teilweise konjunkturabhängig. Laut MIGA sollten die Schwankungen nicht überinterpretiert werden, da das Portfolio insgesamt weiterhin im Aufbau begriffen und auch in den kommenden Jahren mit nicht vorhersehbaren Ausschlägen zu rechnen ist.

Neben dem Garantiegeschäft hat sich das Dienstleistungsangebot der MIGA im Rahmen der Unterstützung von Investitionsförderungsaktivitäten fest etabliert. Das IPAnet (<http://ipanet.net>) mit mittlerweile 20.000 registrierten Teilnehmern und die

Privatisierungsinitiative "Privatization-Link" ([www.privatizationlink.com](http://www.privatizationlink.com)) werden stark frequentiert. Während der "Privatization-Link" zunächst primär Informationen über die Privatisierung ehemaliger Staatsbetriebe in ehemals sozialistischen Ländern bereitstellte, ist nunmehr auch eine stärkere Zusammenarbeit bei der Privatisierung von Betrieben in Kamerun, Ägypten, Mali und Marokko im Programm.

Diese Technische Hilfe wird ergänzt durch die **Rechtsbeihilfe**, die Mitgliedsländer bei der rechtlichen Ausgestaltung von Auslandsinvestitionen (inklusive Mediation bei Disputen) berät, Ansprüche aus MIGA-gezeichneten Garantien regelt sowie rechtliche Beratung und Service bei der Abwicklung des Garantieverfahrens gibt.

Erstmals wurde zum Ende des Geschäftsjahres eine **MIGA-Garantie in Höhe von US\$ 15 Mio fällig**. Trotz intensiver Verhandlungen zur Abwendung der Forderung konnte keine Einigung erzielt werden, so daß der Betrag im Juni an den Versicherten ausgezahlt werden mußte. Bei dem Vorhaben handelt es sich um eine Infrastrukturinvestition im Energiesektor in Indonesien. Nach Abzug der Leistungen durch Rückversicherer beziffert sich der von der MIGA zu tragende Garantiebetrags auf insgesamt US \$ 4.56 Mio.

Im GJ 2000 konnte die **Zahl der Mitgliedsländer** weiter ausgeweitet werden und hat sich um drei Staaten (Laos, St. Kitts und St. Nevis) auf 152 Staaten erhöht.